

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Horst Peter MdB zum Aus-
gang der Europawahl: Psy-
chologischer Test für die Bun-
destagswahl.

Seite 1

Rudolf Scharping MdL zum
Wahlausgang in Rheinland-
Pfalz: SPD jetzt stärkste Kraft.

Seite 3

Burghard Schneider zum Aus-
gang der Wahlen im Saarland:
SPD ist klarer Wahlsieger.

Seite 4

Horst Niggemeier MdB zu
einer Delegationsreise nach
Ungarn: Den Ungarndeutschen
helfen, ihre Chance zu nutzen.

Seite 5

44. Jahrgang / 114

19. Juni 1989

Psychologischer Test für die Bundestagswahl

Zum Ausgang der Europawahl

Von Horst Peter MdB

Mit paradoxen Ergebnissen ist der paradoxe Wahlkampf „für Europa“ zu Ende gegangen. Die prononciert gegen diese EG agitierenden Grünen und auch die Republikaner sind im Europäischen Parlament vertreten. Die Grünen quasi trotz ihrer Agitation gegen die EG, die Republikaner wegen ihrer Anti-EG-„Politik“.

Die Parteien, die für diese EG eintraten, aber mit einem Votum für Europa warben - so die SPD mit dem feuilletonistischen „Wir sind Europa“ - was an Andres' „Wir sind Utopia“ erinnert - haben das Nachsehen. Zu Europa bekannten sich SPD, CDU/CSU und FDP. Von diesen Parteien hatte nur die FDP eine klare politische Botschaft - für ihre Klientel soll sich auch Europa lohnen. Vertan wurde die Chance, in dieser Wahl darzustellen, warum man zur Wahl gehen und auch noch eine bestimmte Partei wählen sollte. Der bisherigen Kompetenzlosigkeit des Europäischen Parlaments korrespondiert das Unvermögen, statt sich nur abstrakt für Europa zu bekennen, für konkrete europäische Politik zu werben, für konkrete sachpolitische Programme auf europäischer Ebene, für die europäische Zusammenführung nationaler Politiken, zum Beispiel für den europäische koordinierten Ausstieg aus der Atomenergie.

Genug von Europa. Dieser Wahlkampf war ein Doppelwahlkampf. Vordergründig eine Wahl für das Europäische Parlament wurde diese Wahl jedoch europaweit als Abstimmung über die nationalen Politiken der nationalen Regierungen verstanden. Europaweit ging diese Runde gegen die Konservativen. Der zweite Fehler - neben der lyrischen Komponente dieses Wahlkampfes a la „Wir sind Europa“ - ist wahrscheinlich gewesen, daß dieser Meta-Wahlkampf nicht klar und deutlich angesprochen und geführt wurde. Vielleicht sind die Wähler schon weiter gewesen als die Wahlkampfstrategen.

Für die bundesdeutschen WählerInnen und ihre Parteien ist der innenpolitische Aspekt sicherlich der interessantere gewesen - hatte diese Wahl doch eindeutig Testwahlcharakter. Wenn auch die Europawahl wegen vieler abweichender Faktoren nicht mit einer Bundestagswahl zu vergleichen ist, so wurde die Wahl doch als Trockenübung für die Bundestagswahl 1990 gesehen und so sind die psychologischen Auswirkungen dieser Wahl nicht zu unterschätzen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus II/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verlässlicher Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Energie-Papier



1. Die CDU erhält psychologisch Auftrieb. Die mit der Union verbündete Presse schürt diese Stimmung, wie die BILD-Schlagzeile „Kohl hat die Nase vorn“ zeigt. Zu befürchten ist ein ähnlicher Effekt wie 1986 als Ergebnis der Niedersachsenwahl. Die Union ist die eindeutige Verliererin der Wahl. Doch Kohl, Geißler und Waigel schummeln sich in eine Wahlsiegerpose: sie verkaufen die Wahl als Erfolg, weil die Verluste geringer sind als erwartet und bundesweit die zehn Prozent noch nicht erreicht haben.

Das Ergebnis der Europawahl sollte über die Kanzlerschaft Kohls entscheiden. Soviel dürfte jetzt schon feststehen: der befristete Arbeitsvertrag Kohls als leitender Angestellter der Bundesrepublik Deutschland wird bis Ende 1990 verlängert werden. Niemand in dieser Koalition wird nach dieser Wahl das Wagnis eingehen, im Bundestag einen neuen Kanzler wählen zu lassen. Niemand wird sicher sein dürfen, daß die Kanzlermehrheit zustandekommt.

Die strategische Mehrheit der CDU ist perdu. CDU/CSU und FDP sind aneinandergelockt und doch jeder für sich vom Wähler alleingelassen, für sich allein und bewegungsunfähig. In dieser Kombination sind die Koalitionsparteien nicht mehr mehrheitsfähig und die Union nicht mehr in der für sie beneidenswerten Lage, daß gegen sie keine Regierung gebildet werden kann. Mangels Alternative im Bundestag muß sich diese Koalition jedoch bis zur Bundestagswahl 1990 durchhangeln und die Dehnungs- und Lockerungsübungen der Partner durchstehen. Die Union wird verstärkt den Republikanern schöne Augen machen. Die FDP hat die Wahl, Vorbereitungen für eine Ampelkoalition Rot-gelb-grün zu treffen, oder sich mit Grünen und Republikanern (und CSU?) die Oppositionsbänke gegenüber einer Großen Koalition zu teilen. Was wir uns und ihr nicht wünschen, ist die Teilnahme an einer Koalition mit CDU/CSU und Republikanern.

2. Die SPD ist in der psychologisch schwierigen Situation, das Wahlziel, die Union auf die Plätze zu verweisen, nicht erreicht zu haben. Die Verluste halten sich in Grenzen. Aber die SPD konnte trotz der politischen Schwäche dieser Regierung und der nachlassenden Zustimmung der WählerInnen nicht zulegen. Jetzt muß daran gearbeitet werden, daß sich bei der SPD nicht der negative Niedersachsen-Effekt von 1986 wiederholt.

3. Die Republikaner haben eine wichtige psychologische Hürde genommen. Sie haben bei einer bundesweiten Wahl die Fünf-Prozent-Grenze weit hinter sich gelassen und gezeigt, daß auch bei einer Bundeswahl Stimmen für die Republikaner keine verschenkten Stimmen sind. Sie haben sich gleichzeitig eindeutig als die führende Kraft im „nationalen“ Lager herausgeschält und die konkurrierenden Parteien DVU/NPD und FAP deklassiert. Im Europäischen Parlament wird sich zeigen, ob sie weiterhin auf bürgerliche Reputation und Koalitionsfähigkeit mit der Union achten. Der Lackmusestest ist die Zusammenarbeit mit den übrigen faschistischen Parteien.

Auf jeden Fall müssen sich die demokratischen Parteien auf eine politische Formation einstellen, die sich für die nächsten Jahre etabliert hat und ernst genommen werden muß. Im Vorfeld der Bundestagswahl wollten sich einige Unionsstrategen mit der Einschätzung, die Republikaner seien nur Strohfeuer, an der Koalitionsdebatte vorbeimogeln. Dieser Strategie hat das Ergebnis der Europawahl den Boden entzogen. Der Stoßseufzer, daß das Protestpotential weitgehend ausgeschöpft sein dürfte, reicht als Argumentation gegenüber den Republikanern nicht mehr. Selbst bei einer Bundestagswahl mit höherer Wahlbeteiligung und gesteigertem Interesse der Menschen dürften dem nächsten Bundestag Republikaner angehören. Wenn die Republikaner die Partei des sozialen Protestes in der Bundesrepublik darstellen, dann müssen sich die demokratischen Parteien auf eine wirkungsvollere Politik für und gegenüber den WählerInnen der Republikaner verständigen. (-/19.6.1989/vo-he/rs)

SPD jetzt stärkste Kraft in Rheinland-Pfalz

Ein deutliches Signal für die Bundestagswahl 1990 und die Landtagswahl

Von Rudolf Scharping MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der rheinland-pfälzischen SPD

Der 18. Juni 1989 ist für die Sozialdemokraten im Bundesland Rheinland-Pfalz ein Tag, der ein Stück Parteigeschichte schrieb: Erstmals seit Bestehen des Landes sind die Sozialdemokraten vor den traditionell an der Spitze liegenden Christdemokraten zur stärksten politischen Kraft geworden - und das bei einer Wahlbeteiligung von 78 Prozent. Bei der Europawahl ist die SPD mit einer Stimmzunahme von 1,6 Prozent von 38,6 auf 40,2 Prozent auf Rang 1 vorgerückt, die CDU büßte in der politischen Heimat von Helmut Kohl und Heiner Geißler 7,8 Prozentpunkte ein und rutschte auf 38,8 Prozent ab, also erstmals unter die 40-Prozent-Marke! FDP und Grüne hatten leichte Gewinne zu verzeichnen, Schönhubers „Reps“ blieben landesweit mit 4,8 Prozent unter der Fünf-Prozent-Marke.

Die endgültigen Ergebnisse der Kommunalwahl, die am gleichen Tag stattfand und die Wahlbeteiligung in die Höhe trieb, liegen - abgesehen von der Wahl zum Bezirkstag der Pfalz - erst am Dienstag oder Mittwoch vor. Aber schon jetzt zeigen wichtige Einzelergebnisse an, daß wir Sozialdemokraten fast überall dazu gewonnen, die Christdemokraten landesweit kräftig verloren haben. Eine Wahlnachfrage sprach am Sonntag abend zwar von einem Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU und SPD bei kräftigen Einbußen der Union und leichten Gewinnen der SPD, aber dieser Trend dürfte ebenso falsch sein wie die Hochrechnung zur Wahl des Bezirkstages der Pfalz, die von Stimmenverlusten für die SPD sprach, die aber tatsächlich ihre bisherige Führung um plus 1,2 auf 44,3 Prozent ausbaute, während die CDU der Pfalz um 7,8 auf 34,7 Prozent abrutschte.

Vor dem Vorliegen des kommunalen Endergebnisses bleibe ich bei der schon vor der Wahl gestellten Prognose: Die SPD wird auch stärkste Kommunalpartei in Rheinland-Pfalz, also in den Räten der kreisfreien Städten und in den Kreistagen der Landkreise. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen wird es in Rheinland-Pfalz keine kreisfreie Stadt mit CDU-Mehrheit mehr geben, die SPD dürfte erstmals sogar in Trier und Koblenz die CDU eingeholt oder überrundet haben.

Alles in allem: Die SPD in Rheinland-Pfalz hat ihre gesteckten Ziele erreicht. Bei der Europawahl hat sie auch einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Bundesergebnisses der SPD geleistet und sich damit erneut als verlässliche Stütze der Bundespartei erwiesen.

Noch ein Wort zu den „Reps“ des Herrn Schönhuber: Sie sind bei der Europawahl zwar landesweit unter der Fünf-Prozent-Marke geblieben, aber sie erzielten gleichwohl lokal und regional spektakuläre Erfolge für den Bezirkstag der Pfalz und bei kommunalen Gremien. Das ist erneut eine schlimme, wenn auch nicht ganz unerwartete Entwicklung: In den 50er Jahren hatten in den gleichen geographischen Gebieten die Kandidaten der politischen Rechtsaußen, der „Reichspartei“, über fünf Prozent der Stimmen erhalten und von 1967 bis 1971 saß die NPD im Mainzer Landtag.

Angesichts dieser Vorläufer im rechtsextremen Spektrum war es mehr als grob fahrlässig, daß Ministerpräsident Dr. Wagner zum 100. Tag als Regierungschef ausgerechnet Grüne und „Reps“ in einen politischen Topf warf und ausgerechnet im Fernsehen laut über eine Koalitionsfähigkeit der Schönhubers sinnierte. Der 18. Juni hat die politische Landschaft auch in Rheinland-Pfalz verändert. Aber für uns Sozialdemokraten in positiver Weise.

(-/19.6.1989/vo-he/rs)

* * *

SPD ist klarer Wahlsieger an der Saar

Zum Ausgang der Wahlen im Saarland

Von Burghard Schneider

Sprecher des Landesvorstandes der SPD-Saar

„Die SPD ist der klare Wahlsieger der Kommunal-, Kreistags- und Europawahl im Saarland“, hat der Landesvorsitzende der SPD-Saar, Ministerpräsident Oskar Lafontaine, zum Ausgang der gestrigen Wahlen erklärt. Die SPD hat von einer guten Ausgangsbasis aus bei allen Wahlen weiter zugelegt und ist mit großem Abstand die stärkste politische Kraft an der Saar. Das Ergebnis ist eine sehr gute Ausgangsbasis für die Landtagswahl im Frühjahr 1990.

Während die SPD ihr Europawahlergebnis um 1,7 Prozent auf 45,3 Prozent verbessert hat, haben die im Landtag vertretenen CDU und FDP zusammen 7,2 Prozent verloren und sind nur noch auf 39,3 Prozent gekommen. Der positive Abstand der SPD-Saar zur SPD im gesamten Bundesgebiet hat sich von 6,2 Prozent auf 8,0 Prozent weiter vergrößert.

Ähnlich ist es mit dem Ergebnis der Kommunal- und Kreistagswahl. Während die SPD einen leichten Zugewinn um 0,2 Prozent auf 45,8 Prozent verzeichnen konnte, haben CDU und FDP zusammen 6,3 Prozent verloren und kommen nur noch auf 40,5 Prozent.

Die FDP hat ihr Wahlziel nicht erreicht, in vielen Stadt- und Gemeinderäten wieder Fuß zu fassen. Zwar ist sie in fünf Räten neu vertreten, dafür ist sie aus vier Räten wieder herausgefallen. Nach wie vor ist sie mit 20 Kommunen noch nicht einmal in der Hälfte aller saarländischen Städte und Gemeinden vertreten.

Der Einzug der Rep's in zwei Kreistage und die Kommunalparlamente in Saarbürcken und Saarlouis ist zu bedauern. Es ist dagegen zu begrüßen, daß die Rep's - wie im übrigen auch die FDP - bei den Kreistagswahlen die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen konnte.

(-/19.6.1989/vo-he/rs)

* * *

Den Ungarndeutschen helfen, ihre Chance zu nutzen

Schlußfolgerungen aus einer Delegationsreise des Bundestags-
Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Von Horst Niggemeier MdB

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß sich in Ungarn sozusagen eine revolutionäre Evolution vollzieht, dann war es die gewaltige Massendemonstration am 16. Juni in Budapest zur politischen Rehabilitation von Imre Nagy und seiner Mitstreiter aus dem Ungarn-Aufstand 1956.

Der Kurs in Ungarn läuft in Richtung „radikale Reformen“ - ausdrücklich von den führenden Politikern immer wieder so bezeichnet - mit dem Ziel der konsequenten Demokratisierung, der marktorientierten Umgestaltung der Wirtschaft und der allgemeinen politischen und kulturellen Öffnung gegenüber dem Westen.

„Modellwechsel“ ist das vielzitierte Stichwort (Innenminister Istvan Horvath: „Die bisherigen Veränderungen des Systems haben zu keinem Ergebnis geführt.“) und auf der Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses der „Bewegung für ein demokratisches Ungarn“ wurde unter aktiver Beteiligung führender Politbüro- und Regierungsmitglieder und mit deren ausdrücklicher Zustimmung in einem Aufruf unter anderem festgestellt:

„Es muß ein neues Gesellschaftssystem geschaffen werden, da die politische Macht- und Wirtschaftsordnung des diktatorischen Sozialismus versagt hat.“

Wenngleich das in Arbeit befindliche Parteiengesetz noch nicht verabschiedet ist, existieren inzwischen schon eine große Zahl von Parteien außerhalb der Kommunistischen USAP (Ungarische Sozialistische Arbeiter-Partei); ihre Legalisierung ist beschlossene Sache und nur eine Frage von Tagen. Sie alle erwarten von ihren jeweils gleichgesinnten Parteien im Westen Rat und Hilfe bei ihren ersten Gehversuchen auf dem ihnen noch weitgehend unbekanntem Terrain des demokratischen Pluralismus.

Dabei ist für alle Ratgeber von außerhalb verständnisvolle Behutsamkeit angesagt, denn in Ungarn wird man in den nächsten Jahren mehr parteiübergreifende Kooperation und weniger konfrontative Auseinandersetzungen benötigen, um aus dem tiefen Tal der wirtschaftlichen und damit auch sozialen Schwäche - übrigens ein Merkmal aller Ostblockstaaten - herauszukommen.

Der von Staatsminister und Politbüromitglied Imre Pozsgay, dem führenden Kopf der ungarischen Reform-Kommunisten, als Zukunftsziel anvisierte Status Ungarns als assoziiertes EG-Mitglied wird nur zu erreichen sein, wenn sich die wirtschaftliche Effizienz des Landes dem EG-Niveau angenähert haben wird. Das wissen auch die politisch führenden Kräfte des Landes.

Der Verband der Ungarndeutschen ist - so die allgemeine Erkenntnis aus entsprechenden Äußerungen - fest entschlossen, im Rahmen der bereits begonnenen politischen Reformen aktiv und verantwortungsbewußt die Interessen der rund 200.000 Ungarndeutschen in die neue Entwicklung mit einzubringen. Auch dabei wird es darauf ankommen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland auf die Vielzahl ihrer Möglichkeiten besinnt, um den Ungarndeutschen mit Rat und Hilfe zur Seite zu stehen. Hier ist an die 1987 von der Bundesrepublik mit Ungarn getroffene Abmachung zu erinnern, mit der die kulturellen Rechte der Ungarndeutschen gesichert werden sollten. Daran gilt es anzuknüpfen, um - wie es der Bundeskanzler noch am 16. Juni in einem Zeitungsinterview ausgedrückt hat - den in den Ländern des Warschauer Paktes lebenden Deutschen so zu helfen, „damit sie ihre kulturelle, sprachliche und religiöse Identität wahren können“.

Nie war die Chance der Identitätsbewahrung für die Deutschen in Ungarn größer als jetzt, wenn es denn unter den politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik unstrittig ist, daß dafür die deutsche Sprache die wichtigste Voraussetzung ist.

Seit dem Amtsantritt des Historikers Dr. Ferencz Glatz als Bildungsminister im Mai 1989 ist gerade in diesem Bereich Bewegung eingetreten.

Die Abschaffung des Russisch-Unterrichts als Pflichtfach und die Einführung der freien Wahl der Fremdsprachen an den ungarischen Schulen versetzt insbesondere die Schulen in den ungarndeutschen Siedlungsgebieten - aber nicht nur dort - in die Lage, Deutsch als erste Fremdsprache einzuführen.

Daß der um seine kulturelle Identität bemühte Verband der Ungarndeutschen diese Chance für die Verstärkung des deutschen Sprachunterrichts zu nutzen bereit ist, steht außer Frage.

Allerdings stellt sich in Ungarn auch die Frage, wie und wie schnell deutschsprachiges Lehr- und Lernmaterial und auch Deutsch-Lehrer zur Verfügung gestellt werden können, um zum Beispiel in den 400 ungarndeutschen Dörfern mit dem Unterricht der deutschen Sprache ohne unnötige Zeitverzögerung beginnen zu können - am 1. September beginnt schon das neue Schuljahr.

Da nicht anzunehmen ist, daß bei der chronischen Devisenknappheit Ungarns schon bald die notwendigen Finanzmittel staatlicherseits zur Verfügung stehen, um deutschsprachiges Lehr- und Lernmaterial nach Ungarn einzuführen, muß in der Bundesrepublik Deutschland entschieden werden, welchen Stellenwert für uns der Deutsch-Unterricht an ungarischen Schulen einnehmen soll. Das aber muß schnell entschieden werden, ehe anderssprachige Staaten bereits den Fuß in die ungarische Tür gestellt haben.

Da ist es zwar erfreulich (und auch richtig), wenn der Bundesaußenminister am 9. Juni 1989 auf einer Veranstaltung der FDP-nahen Friedrich-Neumann-Stiftung in Budapest seinem ungarischen Publikum unter anderem erklärt, daß „auch über die Möglichkeiten eines gesamteuropäischen Fernsehsatelliten und einer Kooperation zwischen Eurovision und Intervision“ nachzudenken sei. Aber es wäre wesentlich realitätsnäher, wenn im Falle Ungarn ganz einfach und schnell darüber nachgedacht würde, wie man „ohne bürokratische Enge“ (ebenfalls Genscher am 9. Juni 1989 in Budapest) schon bald Schulbücher, Kopiergeräte, Videokassetten nach Ungarn auf den Weg bringen könnte. Oder wie jungen Lehrern aus der Bundesrepublik die praktischen Wege aufzuzeigen sind, um sie für eine vorübergehende Zeit zum Beispiel in ungarndeutschen Schulen als Deutsch-Lehrer zu beschäftigen. Das geht dort sogar ohne Kenntnisse der ungarischen Sprache.

Für Ungarn, für die Ungarndeutschen und für die Bundesrepublik Deutschland wäre es zweifellos von Vorteil, wenn alle Beteiligten die sich jetzt bietenden Chancen einer Verbesserung der Umfeldbedingungen für die deutsche Minderheit im Land der Magyaren unverzüglich nutzen würden.

(-/19.6.1989/va-he/rs)